STADT NORDEN

Sitzungsvorlage

Wahlperiode	Beschluss-Nr:	Status
2011 - 2016	1678/2016/1.2	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Erlass einer Vergabeordnung für die Stadt Norden

Beratungsfolge:

04.04.2016	Finanz- und Personalausschuss	öffentlich
12.04.2016	Verwaltungsausschuss	nicht öffentlich
19.04.2016	Rat der Stadt Norden	öffentlich

Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:

Projektgruppe Vergabeordnung

Organisationseinheit:

div. Fachdienste

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat nimmt den Entwurf der Vergabeordnung in der Fassung vom 17.03.2016 zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt folgende Änderung der Richtlinie über die Regelung von Zuständigkeiten für Rat, Verwaltungsausschuss und Stadtdirektor in Buchstabe A, Nr. 3:

„Die Bürgermeisterin /der Bürgermeister entscheidet über sämtliche Vergaben. Der Verwaltungsausschuss bzw. der Betriebsausschuss ist bei Aufträgen oberhalb eines Wertes von 25.000 € netto von der Vergabe nachträglich zu informieren.“

BÜ	StR	FB	RPA	FD	Erarbeitet von:

Sach- und Rechtslage:

Bei der Stadt Norden gibt es seit dem 10.02.1997 eine Dienstanweisung, welche die Vergabe von Lieferungen, Leistungen und Bauleistungen (Vergabeordnung) regelt. Aufgrund des Bestrebens nach Aktualität und auf Wunsch des Verwaltungsausschusses (Protokollnotiz vom 14.02.2012) wurde die Verwaltung beauftragt, einen neuen Entwurf dieser Dienstanweisung vorzulegen.

Die Verwaltung hat daraufhin eine Projektgruppe mit Teilnehmern aus verschiedensten Bereichen der Verwaltung gegründet (Gebäudewirtschaft, Stadtplanung, Stadtentwässerung, Umwelt- und Verkehr, Organisation) und in Zusammenarbeit mit dem Rechnungsprüfungsamt einen neuen Entwurf der Vergabeordnung entworfen. **Das Rechnungsprüfungsamt hat diesem Entwurf bereits zugestimmt.**

Rechtliche Würdigung einer Dienstanweisung:

Zunächst ist festzustellen, dass das Vergaberecht auf den europäischen und nationalen Vorschriften beruht (VOB, VOL, VOF, etc.). Es wird in Niedersachsen mit landesrechtlichen Regelungen vervollständigt z.B. Nds. Wertgrenzenverordnung (NWertVO), Nds. Tariffreue- und Vergabegesetz (NTVergG) und Nds. Kernarbeitsnormenverordnung (NKernVO).

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass eine Dienstanweisung nicht zwingend erforderlich ist, da die gesetzlichen Normen feststehen und daher keiner weiteren Regelung bedürfen. Der Entwurf der Dienstanweisung zitiert daher weitestgehend diese Normen. Sie dient daher als Bedienungsanleitung für alle Mitarbeiter/innen der Stadt Norden.

Die Projektgruppe zur Optimierung der Vergaben bei der Stadt Norden hat grundlegende Änderungen vorgeschlagen:

Errichtung einer zentralen Vergabestelle (§ 4 Abs. 2):

Gemäß den rechtlichen Vorschriften dürfen Bedienstete die mit der Bearbeitung der Vergabeunterlagen, Vergabe und Vertragsabwicklung betraut sind, nicht an der eigentlichen Abwicklung der Vergabe (Submission) beteiligt sein. Das heißt, es müssen möglichst dritte Mitarbeiter mit der Verwahrung der eingegangenen Angebote betraut sein bzw. als Verhandlungsleiter und Schriftführer des Vergabeverfahrens tätig werden. Um dies organisatorisch zu verbessern, wird innerhalb der Verwaltung eine zentrale Vergabestelle eingerichtet. Die Aufgabe der Vergabestelle wird das formelle Submissionsverfahren sein (u.a. Versand der Angebotsunterlagen, Annahme der eingehenden Angebote, Angebotseröffnung).

Die Zuständigkeit der Vergabestelle endet mit der Submission.

Auftragsbefugnisse (§ 6 Abs. 1)

Nach der alten Vergabeordnung und der Richtlinie über die Zuständigkeiten für Rat, Verwaltungsausschuss und Stadtdirektor (neu: Bürgermeister) fallen Aufträge unter einem Wert von 25.564,60 € (alt 50.000 DM) unter die Zuständigkeit des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin im Rahmen der Geschäfte der laufenden Verwaltung. Auftragsvergaben über dieser Wertgrenze dürfen nur durch einen Beschluss des Verwaltungsausschusses vergeben werden.

Vergaberechtlich ist ein Auftrag nach erfolgter Submission und Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt bindend zu erteilen. Der Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot hat grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf seinen Auftrag. Daher ist die Entscheidung des Verwaltungsausschusses lediglich ein formaler Akt. Der Verwaltungsausschuss hat diesbezüglich auch keinen Ermessensspielraum. Ausnahmen bilden die praxisfernen Sonderfälle, in denen z.B. eine Ausschreibung aufgrund von überhöhten Angeboten aufgehoben werden muss.

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass die regelmäßigen Vergabebeschlüsse des Verwaltungsausschusses nicht zwingend erforderlich sind. Sie verlangsamen das Verfahren und ggfs. die Auftragsabwicklung, da auf die Termine des Verwaltungsausschusses Rücksicht genommen werden muss. Zudem erhöhen sie den Verwaltungsaufwand, da zum Teil aufwendige Sitzungsvorlagen erstellt werden müssen.

Die Projektgruppe schlägt daher vor, die Auftragsbefugnisse dahingehend zu ändern, dass die Bürgermeisterin /der Bürgermeister über sämtliche Vergaben entscheidet. Der Verwaltungsausschuss bzw. der Betriebsausschuss ist bei Aufträgen oberhalb eines Wertes von 25.000 € netto nachträglich von der Vergabe zu informieren.

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH

Die Vergabeordnung findet keine Anwendung auf die Eigengesellschaften der Stadt Norden (Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH). Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH (WBN) erstellen derzeit eine eigene Vergabeordnung. Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Aurich wird bei der Erarbeitung eingebunden.

Zum Verfahren:

Der Entwurf der Vergabeordnung wird dem Rat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Für die Änderung der Richtlinie über die Regelung von Zuständigkeiten für Rat, Verwaltungsausschuss und Stadtdirektor bedarf es eines förmlichen Ratsbeschlusses.

Anlagen:

1. Entwurf der Vergabeordnung vom 17.03.2016
2. Übersichtsblätter Vergabeakte
3. Hinweisblatt zur Vergabeordnung